

Auszug
aus dem Protokoll der
Sitzung des Rates der Stadt Wedel
vom 30.01.2025

Top 13.1 Bericht der Verwaltung

1.) Die 2. stellv. Bürgermeisterin teilt mit, dass die Anfechtung gegen die Bürgermeisterwahl vollumfänglich abgewiesen wurde.

2.) Die 2. stellv. Bürgermeisterin teilt mit, dass zum wiederholten Mal eine vertrauliche Info an die Presse gelangt ist. Das bringe Unruhe und koste Steuergelder und die Stadt komme nicht zur Ruhe. Sie hoffe nicht, dass das so weitergeht. Auch in diesem Fall werde sie einen Strafantrag stellen und appelliert an alle, die Zugang zu nichtöffentlichen Informationen haben, dieses ernst zu nehmen. Ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht stelle zumindest eine Ordnungswidrigkeit dar.

3.) Zur Kita Lütt Hütt verliest die 2. stellv. Bürgermeisterin eine Stellungnahme (ist dem Protokoll angefügt).

Es könne zu keinem Zeitpunkt von Geheimhaltung die Rede sein. Es seien sensible Infos des Vertragspartners, die der Verschwiegenheit unterliegen. Und dann sei die Öffentlichkeit nach § 35 und § 47 GO auszuschließen. Das Thema Kita-Verträge sei im Fokus und müsse dringlich weiterverfolgt werden. Sie habe juristische Schritte eingeleitet.

Stellungnahme zum Thema Presseerklärung „Elternschaft Lütt Hütt“ für die Ratssitzung am 30.01.2025

Zum wiederholten Male ist eine **vertraulich zu behandelnde Angelegenheit** an die Presse gelangt, was mich **sehr erschüttert**.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, zu was ein solches Verhalten führt:

1. Führt es zu unnötiger Unruhe und Spaltung
2. Bindet es Personal und kostet Steuergelder, weil die Verwaltung handeln muss (allein gestern ist der Vormittag für diese Thematik draufgegangen, beteiligt waren sechs Mitarbeitende)
3. Werden andere Projekte aufgeschoben und stehen still
4. Kommt es zu Demotivation und Blockaden bei allen Beteiligten
5. Schürt es Misstrauen in alle Richtungen
6. Kommt unsere Stadt nicht zur Ruhe.

Ich frage mich, ob das die Grundlage gemeinsamer Zusammenarbeit in den nächsten Jahren sein soll? Wird dieses Handeln an der Tagesordnung sein? **Ich hoffe es nicht.**

Eine **Vielzahl an Personen** haben Zugriff auf die vertraulichen Protokolle und haben außerdem Informationen aus dem Ältestenrat erhalten. Dennoch werde ich **konsequent** wieder **Strafanzeige** stellen, auch wenn ich davon ausgehe, dass auch diese Anzeige ins Leere läuft.

Ich kann nur an alle, die Zugang zu nichtöffentlichen Unterlagen haben, wiederholt appellieren: Was nicht-öffentlich ist, bleibt nicht-öffentlich!

Es hat seinen Sinn, dass es einen nicht-öffentlichen Teil der Ausschüsse und des Rates gibt. Aus daten- und personenschutzrechtlichen Gründen.

Aus dem Kreis der Mitarbeitenden kommen mittlerweile Ängste etwas in nicht-öffentlicher Sitzung zu sagen, weil es ja egal ist, ob es im vermeintlichen, geschützten Raum gesagt wird. Sicher ist nichts mehr.

Zum Thema Verschwiegenheitspflicht hat die Verwaltung anlässlich weiterer Durchstechereien im letzten Jahr erst eine Mitteilungsvorlage erstellt. Nur um das noch einmal deutlich zu machen: Die Verletzung der Verschwiegenheit stellt bei Vorsatz eine Ordnungswidrigkeit dar, soweit nicht eine Strafverfolgung möglich ist.

Nun zu den Vorwürfen zur Kita Lütt Hütt:

Wie Sie der Presse entnehmen konnten ist die Kita Lütt Hütt insolvent.

Seit Dezember 2023 sind wir in Prüfung der Vertragsangelegenheit.

Es ist ein ganz typisches Verfahren, dass der zuständige Ausschuss und der Rat in die Vertragsangelegenheit im **nicht-öffentlichen** Teil der Sitzungen eingebunden werden, wenn es etwas zu berichten gilt, die weitere Vorgehensweise besprochen wird und auch ein Beschluss gefasst wird.

Insofern kann zu keinem Zeitpunkt von **Geheimhaltung** bzw. **Verzögerung** gesprochen werden. Im Gegenteil: Die zuständigen Gremien sind stets eingebunden gewesen und werden weiter eingebunden.

Da es um Vertragsinhalte geht, gilt grundsätzlich das Datenschutzrecht.

Es geht um sensible Daten, die für die Allgemeinheit nicht bestimmt sind. Berechtigte Interessen des Vertragspartners waren und sind zu schützen.

Für diese Fälle sieht die Gemeindeordnung Schleswig-Holstein für die Ausschüsse ausdrücklich vor, dass bei berechtigten Interessen Einzelner die Öffentlichkeit auszuschließen ist. (Nachzulesen in § 35 Abs. 1 S. 2 GO für den Rat bzw. in § 47 Abs. 8 S. 2 GO.)

Das ist eine Pflicht. So ist es in der Vertragsangelegenheit Kita Lütt Hütt auch geschehen.

Der gesamte Austausch in den nicht-öffentlichen Sitzungen sowie die dazugehörigen nicht-öffentlichen Protokolle **unterliegen** der **Verschwiegenheitspflicht**.

Aus diesem Grund darf ich in öffentlicher Sitzung auch nicht aus den nicht-öffentlichen Teilen der Gremien berichten.

Aber eines kann ich Ihnen sagen. Das Thema Kitaverträge habe ich im Fokus. Weitere Verträge sind in der Prüfung. Seit heute kann ich als Bürgermeisterin anders handeln und werde dieses Thema **vordringlich weiterverfolgen**.

Im Übrigen sind in Bezug auf die Vertragsangelegenheiten bereits juristische Schritte eingeleitet worden und ggf. stehen weitere aus.

JFA